

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/94

Bad Godesberg, den 22. Mai 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	Arbeitskommission oder Diskutiergremium ?	90

Die Zeitungen brauchen Hilfe

Von Fritz Sänger, MdB

3	<u>Endlich</u>	48
---	----------------	----

Der "Reptilienfonds" gekürzt und kontrolliert

Von Max Seidel, SPD, Mitglied des Haushaltsausschusses

4	<u>Niedersachsen</u>	45
---	----------------------	----

Vor Beginn des Landtagswahlkampfes

5 - 7	<u>"Das Land der Griechen mit den Bajonetten suchen"</u>	110
-------	--	-----

In Griechenland gilt das Recht des Belagerungszustandes

Von Dr. Basil P. Mathiopoulos

Arbeitskommission oder Diskutiergremium ?

Die Zeitungen brauchen Hilfe

Von Fritz Sänger, MdB

Unter offensichtlichen Wehen hat die Bundesregierung endlich ein Gremium zur Welt gebracht, das ursprünglich dazu dienen sollte, den in wirtschaftliche Bedrängnis geratenen deutschen Zeitungsverlagen schnell und wirksam zu helfen. Denn das war die am 18. Januar 1967 vom Bundesminister des Innern ausgesprochene Absicht, daß

- * "die Bundesregierung in Kürze eine unabhängige Sachverständigenkommission einsetzen (werde), die die erforderlichen
- * Unterlagen möglichst vollständig und zuverlässig beschafft
- * und zugleich auch - falls erforderlich - konkrete Lösungsmöglichkeiten vorschlagt".

Weder die Kürze noch die Zweckbestimmung sind nun eingehalten worden. Die immer zahlreicher gewordenen Verkäufe deutscher Zeitungen, das Verschwinden von großen und kleinen Blättern der deutschen Presse, die sich im Wettbewerb untereinander und mit Rundfunk und Fernsehen nicht mehr allein halten konnten, die offen dargelegten Zahlen von Einnahmen und Ausgaben der um ihre Existenz und Unabhängigkeit ringenden Zeitungen - das alles war offenkundig und bedurfte nicht mehr der Frage, ob es so sei.

Am 29. November 1965 hat der Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft, Dr. Langer, auf eine von mir gestellte Frage geantwortet, man habe bei Beginn der damals, also vor zwei Jahren, laufenden Konzentrationsenquete

- * "zunächst beabsichtigt, auch die Konzentration im Presse-
- * wesen zu untersuchen. Nachdem man sich aber in einem er-
- * sten Überblick über die besonderen Schwierigkeiten, die
- * einer solchen Untersuchung entgegenstanden, informiert
- * hatte, entschloß sich die Enqueteabteilung des Bundes-
- * amtes, wegen Zeit- und Personalmangels von einer Unter-
- * suchung der Konzentration im Pressewesen abzusehen".

Die Dringlichkeit in der Sache wurde anerkannt, und im Verlauf von Frage und Antwort sagte der Staatssekretär:

- * "... werden wir gern überlegen, ob wir im Wege von Gut-
- * achterauftragen etwas mehr Aufklärung in die Sache hin-
- * einbringen können. Aber Sie, Herr Abgeordneter, wissen
- * genau, wie ungeheuer schwierig gerade dieser Komplex
- * ist".

Seit dieser Antwort haben sich angesichts der fortschreitenden Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Presse Berufene aus eigener Verantwortung der schwierigen Aufgabe angenommen, die Tatsachen festzustellen. Der Direktor des Instituts für Konzentrationsforschung der Universität Berlin, Dr. Helmut Arndt, verof-

fentlichte das Ergebnis seiner Forschungsarbeiten. Der Deutsche Presserat setzte eine Kommission und wissenschaftliche Hilfskräfte für die Analyse der Vorgänge und Tatsachen ein, deren umfang- und ergebnisreiche Arbeit in Kürze abgeschlossen ist. Die IG Druck und Papier erarbeitete ein Memorandum. Zahlreiche Einzelpersonen ließen sich von den deutschen Verhältnissen und von der Verabschiedung der englischen "Monopolies and Mergers Bill", die das gleiche Thema für britische Verhältnisse behandelte, anregen, Ereignisse und drohende Gefahren der Zeitungsschrumpfung darzustellen und zu erörtern. Nichts lag näher, als diese Arbeiten zusammenzufassen, zu bewerten und einen sorgfältig wägenden Bericht daraus zu formen. Der Komplex war und ist "ungeheuer schwierig" - und eben deshalb ist die fleißige, mühevollen Leistung hoch anzuerkennen, die von vielen Seiten für eine der entscheidenden Fragen der demokratischen Wirklichkeit aufgewendet wurde: Wie steht es mit der Information und der Möglichkeit der Meinungsäußerung in unserem Lande?

Am 11. Mai forderte der Bundestag im Blick auf diese Vorgänge in einem einstimmig angenommenen Beschluß die Bundesregierung auf, bis zum 1. Oktober dieses Jahres einen Bericht vorzulegen und geeignete erste Maßnahmen vorzuschlagen, die verhindern müssen, daß aus der Konzentration der Zeitungsverlage Gefahren für die Informations- und Meinungsvielfalt entstehen. Alle Sprecher der Fraktionen im Bundestag wiesen auch bei dieser Gelegenheit wie schon früher darauf hin, daß jetzt schnell gehandelt werden müsse und daß nicht Diskussionen, auch und vor allem nicht solche grundsätzlicher Art (etwa über das Verhältnis der Publikationsgremien zueinander) notwendig seien, sondern Taten endlich den Einsichten folgen müßten. Man erhoffte eine kleine, arbeitsfähige Kommission, die bereit und fähig sein würde, das vorhandene Material heranzuziehen und auszuwerten und ihre Schlußfolgerungen der Regierung und dann dem Parlament zuzuleiten.

Die aus 17 Mitgliedern bestehende Einrichtung, die jetzt durch einen unverständlichen Beschluß des Kabinetts gebildet wurde, kann wegen ihrer Größe und der Art ihrer Zusammensetzung diese Aufgabe nicht erfüllen. Es gehört keine Prophetengabe dazu, vorauszusagen, daß der erwartete Bericht am 1. Oktober nicht vorliegen wird und daß die Zeitungen, daß die deutsche Öffentlichkeit, für die Zeitungen geschrieben werden, auf Vorschläge für Maßnahmen zur Erhaltung der Vielfalt der deutschen Presse, das heißt vor allem der kleinen und mittleren Tageszeitungen, weiter warten müssen. Das Sterben wird weitergehen.

Es ist aber keine Zeit mehr für Grundsatzdiskussionen; es ist höchste Zeit für gediegene, sachkundige und wirklichkeitsnahe Arbeit. Dann erst, wenn sie geleistet wurde, wird der Deutsche Bundestag die Unterlagen vor sich haben, nach denen er Wirtschaftshilfen mannigfacher Art, wie sie bereits vorgeschlagen und erörtert wurden, verbindlich beschließen kann. Er muß und er wird das letzte Wort haben.

Endlich

Der Reptilienfonds" gekürzt und kontrolliert

Von Max Seidel, SPD, Mitglied des Haushaltsausschusses

Jahr um Jahr wurde bei jeder Beratung des Bundeshaushalts in zweiter Lesung von der SPD-Bundestagsfraktion der Versuch unternommen, im Etat des Bundeskanzlers und Bundeskanzleramtes den "Reptilienfonds" im Bundespresseamt auf ein vertretbares Maß herabzusetzen und die angesetzten Etatmittel der Kontrolle des Haushaltsausschusses zu unterwerfen. Das ist Jahr um Jahr am hartnäckigen Widerstand des Bundeskanzlers, der CDU/CSU und der FDP - letztere, wenn sie in der Regierung saß - gescheitert. Ob in offener Abstimmung oder in namentlicher Abstimmung, stets weigerte sich die Mehrheit aus CDU/CSU - FDP, eine Kürzung vorzunehmen und vor allem die Kontrolle über die Mittel zuzulassen. In der Verteidigung um diesen Titel wurde vielfach das ganze Prestige der Regierung eingesetzt. Man tat so, als ob daran die ganze Funktionsfähigkeit der Regierung abhängen würde. Kein Zweifel, ein Teil der Gelder floß in Kanäle, die das Propagandarad für die CDU/CSU fleißig zu drehen hatten. Niemand sollte dahinter kommen, wer was erhielt; schließlich hing die Existenz mancher Propagandaorganisationen von diesem Mitteln ab und die CDU/CSU wollte sich nicht undenkbar erweisen.

Nun aber ist es soweit. Durch den Eintritt der SPD in die Bundesregierung werden im Juni dieses Jahres die Sozialdemokraten bei der Haushaltsberatung es nicht mehr nötig haben, einen besonderen Antrag zum "Reptilienfonds" zu stellen. Schon im Haushaltsausschuß des Bundestages wurde die alte Forderung der SPD-Fraktion während der Beratung über den Titel erfüllt.

Bisher lautete die Zweckbestimmung im Haushalt des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung wie folgt: "Zur Verfügung des Bundeskanzlers für Förderung des Informationswesens 13 Millionen DM. Die Jahresrechnung über die Ausgaben dieses Titels unterliegt nur der Prüfung durch den Präsidenten des Bundesrechnungshofs. Seine Erklärung bildet die Grundlage für die Entlastung der Bundesregierung."

- * Die Zweckbestimmung für 1967 wird lauten: "Zur Verfügung des Bundeskanzlers für Förderung des Informationswesens acht Millionen DM.
- * Die Jahresrechnung über die Einnahmen und Ausgaben dieses Titels unterliegt nur der Prüfung eines Unterausschusses des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages und des Präsidenten des Bundesrechnungshofes. Die Erklärung des Unterausschusses und des Präsidenten des Bundesrechnungshofes bilden die Grundlage für die Entlastung der Bundesregierung."

Das bedeutet erstens die Kürzung der Mittel um fünf Millionen DM und zweitens, die Kontrolle des Haushaltsausschusses wird durch einen Unterausschuß vollzogen; dem Unterausschuß gehören alle drei Fraktionen des Bundestages an.

An dieser politischen Entscheidung leidet weder das Prestige der neuen Bundesregierung, noch wird sie damit in ihren informativen Aufgaben wesentlich behindert. Bei Beurteilung der Großen Koalition ist diese haushaltsmäßige Neuregelung des "Reptilienfonds" gewiß politisch ein "kleiner Fisch", doch, wenn man sich die Haushaltsdebatten der vergangenen Jahre und Abstimmungen über diesen Titel in Erinnerung ruft, dann lohnt es sich, den endlich errungenen Erfolg in der Sache festzuhalten.

Man kann nur sagen "na endlich und hoffentlich für immer".

Niedersachsen

Vor Beginn des Landtagswahlkampfes

sp - Am 4. Juni wird in Niedersachsen zum sechstenmal nach dem Zusammenbruch ein neuer Landtag gewählt. Der Wahlkampf beginnt zwei-einhalb Wochen vor dem Wahltermin. Für die Sozialdemokraten unter ihrem Ministerpräsidenten Dr. Georg Diederichs gilt es als ausgemacht, daß sie in Hannover die maßgebende Regierungspartei bleiben. Es kommt ihnen jetzt darauf an, sich diesen Einfluß durch die niedersächsischen Wähler bestätigen und möglichst noch ausbauen zu lassen.

Die SPD ist in Niedersachsen seit Kriegsende fast immer die starke Partei der Regierung gewesen. Es zeigte sich, daß man in diesem Bundesland nicht ohne die SPD regieren kann. Zuletzt wurde das 1965 bewiesen, als es dann zur Großen Koalition aus SPD und CDU kam. Die Freien Demokraten sind jedenfalls in diesem Bundesland immer ein recht unsicherer Kantonist gewesen.

Dem Landtag in Hannover gehören gegenwärtig 73 Abgeordnete der SPD, 62 der CDU und 14 der FDP an. Im April 1959 waren noch 20 Abgeordnete der DP und 13 des BHE gewählt worden. Diese Parteien rückten im Mai 1963 nicht wieder in das 149-köpfige Landesparlament ein. Es ist jetzt die Frage, ob die Freien Demokraten noch einmal die Fünf-Prozent-Klausel überwinden und wie stark die in sich zerrissene NPD in das Landesparlament einrückt.

Niedersachsen gilt zwar als Hochburg des Herrn von Thadden. Aber auch Thielen ist dabei, eine zweite Rechtspartei aufzubauen. Kommt es zu einer Zersplitterung rechtsaußen, gibt es die Möglichkeit, daß die Parteien von Thadden und Thielen in Niedersachsen an der Sperrklausel scheitern.

Die Regierung in Hannover, das Kabinett der Großen Koalition aus SPD und CDU kann darauf verweisen, daß sie dem Lande stabile Verhältnisse gebracht hat. Die Ansetzung neuer Industrien hat sehr große Fortschritte gemacht. Die Entwicklung der Landwirtschaft vor allem im Norden des Landes macht gute Fortschritte mit der Tendenz zum größeren werdenden Hof, wobei die reine Subvention immer mehr in den Hintergrund treten soll.

Ministerpräsident Dr. Diederichs ist der Spitzenkandidat der SPD. Er wird auch in den nächsten vier Jahren die Regierung führen. Demgegenüber ist nicht so leicht abzutasten, wer bei der CDU weiterhin die Spitzenpositionen innehat.

Jedenfalls hatte sich der CDU-Vorsitzende Dr. Otto Fricke dafür verwandt, daß der Befehlshaber im Wehrbereich II, Generalmajor Henning Wilke, ganz oben auf die CDU-Landesliste gesetzt werden sollte, damit er im Landtag als führender Sprecher für Bundeswehr- und Soldatenfragen seitens der CDU fungieren könne. Der Parteitag der CDU, der über die Landesliste zu entscheiden hatte, setzte jedoch aussichtslos auf den Platz Nr. 46, so daß sich der Wehrbereichsbefehlshaber jetzt mit dem Gedanken trägt, seine Kandidatur niederzulegen.

"Das Land der Griechen mit den Bajonetten suchen"

Im Griechenland gilt das Recht des Belagerungszustandes

Von Dr. Basil P. Mathiopoulos

Kurz nach dem Zweiten Weltkrieg, in den Jahren 1946 bis 1949 führten die Griechen einen äußerst zähen Kampf gegen die kommunistische Expansion; unter großen Opfern gelang es ihnen, eine stalinistische Diktatur abzuwenden und dem Land einen freiheitlichen Charakter westeuropäischer Prägung zu erhalten. Die USA standen den Griechen damals mit materieller Hilfe zur Seite und halfen ihnen, die nicht immer unblutigen Kämpfe zu gewinnen; immerhin mußte kein ausländischer Verbündeter für die griechische Freiheit sein Leben lassen, wie es später in Korea und heute in Vietnam der Fall ist. Während des kommunistischen Aufstandes funktionierte das Parlament in Griechenland und die Grundrechte wurden nicht verletzt.

Die junge Generation, die den Krieg mit allen seinen Folgen miterleben mußte, stand vor der bitteren Erkenntnis der Vernichtung ihrer Laufbahn - in ihrem Bewußtsein spiegeln sich die Diktatur des Jahres 1936, der Zweite Weltkrieg und der nachfolgende kommunistische Aufstand - das mindeste, was sie noch verlangen konnte, war, in einem demokratischen Rechtsstaat als freier Bürger leben zu dürfen. Der Verfasser dieses Artikels ist mit 16 Jahren als Volun-tär in die Reihe der nationalen Armee eingetreten und hat mit den Kommunisten bekämpft.

In diesen Tagen nun, kurz vor den Wahlen, die für den 28. Mai vorgesehen waren, haben drei Oberste einen NATO-Plan, der für den Kriegsfall vorgesehen war, benutzt, um in dem Land eine Militärdiktatur zu errichten. Die Panzer, die Verbündete der Griechen geliefert hatten, damit sie im Notfall vor dem Feind ihre Freiheit verteidigen konnten, sind mißbraucht worden zur Demolierung der elementarsten Grundrechte des griechischen Volkes. Der Plan ist geglückt, denn der "Feind" war unbewaffnet, das einzige, was die demokratischen Bürger in Händen hielten, waren die Wahlzettel, mit denen sie in Freiheit ihren Willen kundtun wollten. Im Jahre 1967 n. Chr. ist die Demokratie in ihrer Wiege, in der sie im 5. Jahrhundert vor Christi geboren wurde, auf diese Weise erstickt worden.

Kaum vier Wochen sind seit dem berüchtigten "schwarzen Freitag", dem 21. April vergangen; der Rechtsstaat ist vernichtet.

- * 1. Durch ein königliches Dekret aus der Nacht vom 21. April
- * sind alle Artikel der Verfassung, die die Grundrechte ga-
- * rantieren, außer Kraft gesetzt. Gleichzeitig wurde juri-
- * stisch gesehen in Griechenland der Status eines Belage-
- * rungszustandes ausgerufen gemäß eines alten Gesetzes des
- * Jahres 1912, aus der Zeit der Balkankriege.

- * Dieses Gesetz bedeutet praktisch, daß jeder Bürger Tag
- * und Nacht ohne Haftbefehl verhaftet werden kann; diese
- * bittere Erfahrung mußten alleine 6 500 Griechen, darun-

* ter über 300 Frauen, machen - Parlamentarier, Politiker,
* Journalisten, Schriftsteller, Künstler, Wissenschaftler,
* Studenten, Bauern und Arbeiter. Gleich welcher politi-
* schen Richtung, seien es Konservative, Liberale, Demokra-
* ten der Mitte, Sozialdemokraten oder Kommunisten - sie al-
* le wurden abtransportiert auf die felsige Insel Joura.
* Vergleicht man die Ereignisse mit der Diktatur des Gener-
* als Metaxas aus den Jahren 1936 bis 1941, so erscheint
* interessant, daß damals der Belagerungszustand erst mit
* Beginn des Krieges mit Italien ausgerufen wurde - das war
* am 28. Oktober 1940; auch wurden erst zwei Jahre nach Er-
* richtung der Diktatur - 1938 - die Führer der politischen
* Parteien der Freiheit beraubt, in einer Zeit zudem, in der
* in Europa der Totalitarismus keine seltene Erscheinung war
* und auch Griechenland nicht zur Gemeinschaft der freien de-
* mokratischen Völker zählte.

* Die Junta der drei Obersten in Griechenland darf sich rüh-
* men, als erste ihrer Art nach dem Zweiten Weltkrieg in ei-
* nem NATO-Land eine Militärdiktatur errichtet zu haben; als
* Portugal in die NATO eintrat, war sein Regime noch ein
* Überbleibsel aus dem Jahre 1928.

* 2. Die neuen Machthaber haben die verfassungsmäßige Unkündbar-
* keit der Staatsbeamten für die kommenden sechs Monate an-
* nulliert, jeder Minister hat jetzt die Macht, ihm nicht
* "loyal" erscheinende Beamte fristlos und ohne Pension zu
* entlassen.

* 3. Die Junta hat die Verwaltungsleitungen aller juristischen
* Personen des öffentlichen Rechts gekündigt und durch neue
* gefügte Personen ersetzt.

* 4. Alle gewählten Vertreter der Kommunalbehörden im Land wur-
* den abgesetzt und durch Notverordnungen durch neue Leiter
* abgelöst.

* 5. Die leitenden Stellen im Bankwesen, im Rundfunk, Fernse-
* hen, in der Zentrale für Tourismus, in der Zentrale der
* Arbeiterversicherung, in der Verwaltung des Hafens von Pi-
* räus wurden kurzerhand unbesetzt.

* 6. Alle politischen Jugendorganisationen im Land wurden ab so-
* fort aufgelöst, ebenso 279 Vereine politischer, kulturel-
* ler, gemeinnütziger und geistiger Natur; ihr aller Vermö-
* gen wurde vom Staat beschlagnahmt.

* 7. Die bisherigen Gewerkschaften wurden verboten; ein staat-
* lich kontrollierter zentraler Gewerkschaftsbund hat außer-
* lich in Athen seine Funktion übernommen. Zu seinen ersten
* Handlungen gehörte ein Wort des Dankes seitens "der gesam-
* ten Arbeiterschaft" an die Militärjunta, für die "Rettung
* der Nation".

- * 8. Es besteht vollständige Zensur; Zeitungen, Radio und Fernsehen sind nunmehr Sprachrohr der Junta. Drei Zeitungen haben aus Opposition zum Regime mit dem Tag des Putsches aus eigenem Entschluß ihr Erscheinen eingestellt: zwei konservative Blätter von Frau Helene Vlachou und das liberale Zeitungsorgan Eleftheria von Panos Kokkas, das der Verfasser als Korrespondent in Bonn jahrelang vertrat. Ausländische Zeitungen sind nur mehr zensiert erhältlich, d.h. es fehlen die Berichte über Griechenland.
- * 9. Nachdem das Regime seine politischen Gegner mit Gewalt zur Friedhofsstille gezwungen hat, hat es auch vor der Kirche nicht Halt gemacht. Zum erstenmal in der Geschichte der griechisch-orthodoxen Kirche hat eine Regierung die Unantastbarkeit der inneren Verwaltung der Kirche verletzt. Die Militärjunta hat Kraft "Gesetzes" den Erzbischof von Athen und Primas von Griechenland abberufen, des weiteren wurde das oberste Verwaltungsorgan, die Konferenz der 65 Bischöfe, abgeschafft und statt einer zwölköpfigen, jährlich gewählten Synode ernannten neun gefüggige Vertreter der Geistlichkeit einen neuen Erzbischof von Athen. Auf diese Weise gelangte der Kaplan des Königlichen Hofes, der Archimandrit Hieronymus ins Amt, der vorher nicht einmal Bischof war.

Die Junta der drei Obersten, die in Wirklichkeit in Athen die Macht in Händen hält, konnte zwar nach einer gründlichen Generalstabsarbeit, ausgeführt mit südländischem Temperament - das zeigt die Art und Weise, wie man den 79-jährigen Georg Papanáreou mitten in der Nacht des Putsches verschleppte - in zweieinhalb Stunden einen Staatsstreich landen; ihr Plan übergeht aber die Realität, wenn die modernen Probleme der Regierung eines Staates aufgeworfen werden. Sie muß sich nun täglich vor dem Ausland verteidigen und wird vor allem mit harten Wirtschaftsfragen konfrontiert, die sie mit naiven Parolen allein nicht lösen kann. Innenpolitisch stößt sie auf den Widerstand von 90 Prozent der Bevölkerung - denn selbst der Führer der rechtskonservativen ERE-Partei, Professor Kanellopoulos, wurde in unwürdiger Weise verhaftet.

Bei den Verbündeten im Westen haben die Maßnahmen der Regierung Mißtrauen und Abscheu erregt. Vielleicht wird es möglich sein, 90 Prozent der Bevölkerung mit Bajonetten während einiger Monate in eine Friedhofsstille zu zwingen, obwohl schon einige Urteile des Militärgerichts an Bürgern vollstreckt wurden, die in den verschiedensten Departements des Landes demokratische Parolen an die Mauern geschrieben haben. Das neue Regime wird aber mit den großen Problemen der Regierungsgewalt nur schwer fertig werden - abgesehen von Bestrafungen -, abgesehen davon zeigt die Tatsache, daß 20 Generale ersetzt wurden, daß nicht einmal die Armee den Putsch einheitlich bejaht. Sicher jedenfalls ist, daß Marine und Luftwaffe erst zwei Tage nach Beginn des Putsches nachgaben, nachdem die Inspektoren beider Waffengattungen bereits entlassen waren. Letztlich haben sich auch in der Geschichte Triumvirate noch nie bewährt.